

Qualität eines Global Players erreichen und über die komplizierte Suche nach Kompromissen zwischen divergierenden nationalstaatlichen Interessen der Vergangenheit hinausgehen. Nur so könnten die Schwächen europäischer Interessenpolitik – wie sie etwa in der Irakkrise 2003 manifest wurden – letztlich auch überwunden werden.

Diese Entwicklung bedarf allerdings zwingend einer europäischen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. In diesem Kontext korrigieren die Autoren das Bild einer allgemeinen Europaskepsis: Allen aktuellen Widersprüchen und konkurrierenden Interessen in bezug auf eine europäische Verfassung zum Trotz gebe es eine breite Zustimmung für ein friedliches, freies, liberales und rechtsstaatliches Europa. Außerdem seien die Kritiker Europas nicht per se gegen die Integration, sondern vielmehr enttäuscht darüber, wie wenig bislang erreicht wurde. Der „Bau“ Europa sei – so Ley und Lohrmann – erstaunlich weit fortgeschritten. Der künftige Erfolg hänge nun unter anderem von der Lösung der sozialen Frage, der Demokratisierung europäischer Entscheidungsprozesse sowie der Etablierung einer Zivilreligion ab, die einer heterogenen europäischen Gesellschaft eine eigene Identität stiftet.

Die Konstruktion gemeinschaftlicher Identität funktioniert über die Erforschung und Darstellung der eigenen Geschichte. Insofern verstehen Michael Ley und Klaus Lohrmann ihren Band als Beitrag einer europäischen Traditionsbildung, der europäisches Bewußtsein entwickeln sowie die Identifikation der Bürger mit der Europäischen Union stärken hilft. Das Buch ist ein engagiertes Plädoyer für ein demokratisches Europa und rückt die ursprünglichen, wesentlichen politischen Ideen einer europäischen Integration wieder ins Bewußtsein.

*Dorothee de Nève*

KERSCHBAUMER, Johannes: *60 Jahre Europäische Sicherheitspolitik*. Frankfurt: Peter Lang Verlag 2007. 435 S. Br. 68,50.

„Europa läßt sich nicht auf einen Schlag herstellen. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen.“ Dieser von Robert Schuman stammende Satz charakterisiert wie wohl kein anderer nicht nur die Entwicklung der Europäischen Union insgesamt sondern auch die Entwicklung der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie im besonderen die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Nach dem Zweiten Weltkrieg war auf westeuropäischer Seite ausschließlich die NATO für die militärische Verteidigung – aber auch Einigung – (West)Europas zuständig. Das „Friedensprojekt“ Europäische Gemeinschaft (EG) hingegen sollte primär durch die wirtschaftliche Integration vorangetrieben werden. In der europäischen Sicherheitspolitik waren die „konkreten Tatsachen“, von denen Schuman sprach, unter anderem die jugoslawischen Zerfallskriege der 90er Jahre und der Kosovokrieg 1999. Diese Ereignisse beschleunigten und vertieften den sicherheitspolitischen Integrationsprozeß, waren und sind aber keine anhaltenden Motivatoren.

Johannes Kerschbaumer (Donau-Universität Krems, Österreich) bietet mit seinem Werk „60 Jahre Europäische Sicherheitspolitik“ eine Gesamtdarstellung von 1946 bis 2006 gleichermaßen aus politikwissenschaftlicher, juristischer und historischer Sicht. Das Adjektiv im Titel mit einem großen „E“ macht deutlich, worum es Kerschbaumer geht: spezifisch um den *institutionellen* sicherheitspolitischen Integrationsprozeß der Europäischen Union. Kerschbaumers Stil ist primär deskriptiv, er erlaubt sich nicht (zu) viele Wertungen. Dadurch wird das Buch zu einem



Nachschlagewerk: 60 Jahre europäische Sicherheitspolitik auf über 380 Seiten akribisch aufgearbeitet, mit 1602 (!) Fußnoten. Damit trägt der Autor dazu bei, in der wissenschaftlichen Literatur eine Lücke – hinsichtlich einer umfassenden Darstellung der ESVP – zu schließen. Er läßt nahezu kein relevantes Thema aus und schildert präzise den Verlauf des Integrationsprozesses der Europäischen Sicherheitspolitik.

Dabei kommen auch die aktuelleren und bedeutenden Verträge und Abkommen nicht zu kurz: vom Vertrag von Maastricht (1992) – oft als „Geburtsstunde“ der GASP bezeichnet, bis hin zum Kampf der EU gegen den Terrorismus und zur Verfassungsdebatte. Hinzuweisen ist auch auf die zusammenfassenden Darstellungen der Präsidentschaften der EU von Mitte 2004 bis zum Ende der österreichischen Präsidentschaft Mitte 2006. Dies ist deshalb hervorzuheben, weil trotz aller gegenteiligen Rhetorik einige Präsidentschaften die Integration der ESVP deutlich vorantrieben: etwa durch die Ausarbeitung des Zivilen Planzieles (*Civilian Headline Goal*) oder die des *battle group*-Konzeptes. Hervorzuheben sind auch die Darstellungen der Abläufe politischer Prozesse im Rahmen der ESVP, etwa im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK). Damit kommt der Autor auch einer ureigenen Aufgabe der Politikwissenschaft nach: der Darstellung von Entscheidungsprozessen.

Abschließend ist dem Autor des Vorworts Heribert Franz Köck zuzustimmen, Kerschbaumers Übersichtswerk mache deutlich, daß die Europäische Sicherheitspolitik „unter durchaus widersprüchlichen Interessen gelitten hat und immer noch leidet, welche die im gemeinsamen Ziel des Gemeinwohls – Frieden, Freiheit und Wohlfahrt – durchaus einigen Mitgliedsstaaten bei der Einschätzung der dafür zweckmäßigsten Mittel trennt“. Widerspruch

kennzeichnet ebenso die wissenschaftliche Forschung zur ESVP, der teilweise auch in Kerschbaumers Werk anklingt.

Dem Buch wäre ein gründlicheres Lektorat zu wünschen gewesen, gerade angesichts der beinahe „überausführlichen“ Belege und der dadurch entstandenen großen Anzahl an Fußnoten. Noch mehr hätte die Publikation von einem Register profitiert. Der Wert des Buchs wird dadurch jedoch nicht geschmälert. Durch die ausführliche Aufarbeitung des Themas ist es Kerschbaumer gelungen, einen Schritt in Richtung Standardwerk zu gehen – und es bleibt ihm zu wünschen, daß es in der akademischen Welt auch als solches angenommen wird.

Jodok Troy

*Zwangsmigration und Vertreibung. Europa im 20. Jahrhundert.* Hg. v. Anja KRÜKE. Bonn: Dietz 2006. 240 S. Br. 24,-.

Zwangsmigrationen und Vertreibungen stellen nicht nur für die flüchtenden Personen selbst ungeheure Katastrophen dar, sondern hinterlassen auch lange nachwirkende kollektive Traumata. Noch heute belasten die erzwungenen Bevölkerungsverschiebungen in Mittel- und Osteuropa von 1939 bis 1948 trotz vieler Versöhnungsgesten die Beziehungen zwischen Volksgruppen und Nachbarstaaten. Man denke an den gereizten bis feindseligen Ton der Kontroversen über das vom Bund der Vertriebenen propagierte „Zentrum gegen Vertreibungen“, die Beneš-Dekrete, oder daran, daß sich die Tschechische Republik an dem von den Kulturministern Polens, Deutschlands, Ungarns und der Slowakei initiierten „Europäischen Netzwerk, Erinnerung und Solidarität“ nicht beteiligte und die Kaczyński-Brüder dieses Netzwerk (mit Sitz in Warschau) bei ihrem Regierungsbeginn auf Eis legten.